

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Verleger: Nr. 22.

Fünfundsechzigster Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.

Erscheint jeden Montag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1 M 50 J, bei Bestellung ins Haus 1 M 70 J, bei allen Postanstalten 1 M 80 J inklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 J.

Bestellungen werden angenommen für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungskösten, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Anzeigen, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Hauptzeile 12 J, die Reklamezeile 30 J. Geringster Anzeigebetrag 40 J. Für Rückzahlung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Holzversteigerung: Neustädter Staatsforstrevier.

Mittwoch, den 4. Januar 1911, vorm. 10 Uhr, im Hotel „Sachse“ in Neustadt:

4457 w. Stämme, 7764 h. u. w. Röhler, 2331 w. Derbstangen, 30560 w. Reischfängen. Rahlschläge, Abt. 14, 37, 79. Durchforstungs- und Einzelhölzer, Abt. 21, 49, 59, 60, 62, 63, 66, 68, 76, 79, 81, 116, 117. Brennholz-Versteigerungen finden Donnerstag, den 5. Januar, vorm. 1/11 Uhr in der „Hohwaldschente“ und nachm. 3 Uhr im Hotel „Sachse“ in Neustadt statt.

Königl. Forstrevierverwaltung Neustadt zu Rangburkersdorf und Königl. Forstrentamt Schandau.

Das Neueste vom Tage.

Der Prinzregent von Bayern hat 100 000 M zur Unterstützung hilfsbedürftiger Veteranen und 100 000 M für Errichtung eines Erholungsheims für Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten gestiftet. (Siehe Deutsches Reich.)

Bei dem Einsturz eines Getreidespeichers in Nikolajewsk (Gouvernement Cherson) wurden 30 Arbeiter verschüttet. Bisher gelang es, 5 Leichen zu bergen.

Bei einer Grubenexplosion in Rauhshofer wurden dreihundertfünfzig Bergleute im Schacht eingeschlossen. Man glaubt, daß alle umgekommen sind. (Siehe Sonderbericht und Letzte Depeschen.)

In Cincinnati brach Feuer im Fabrikbezirk aus. Der Schaden beträgt zwei Millionen Dollar; viele Feuerwehrleute wurden verletzt und zwei getötet.

Die freisinnige Streichholz-Interpellation.

Bekanntlich hat die Fortschrittliche Volkspartei im Reichstag eine Interpellation über die Streichholzsteuer eingebracht, welche folgendermaßen lautet:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, angesichts der schweren Mißstände, die sich aus der Besteuerung von Zündwaren für die beteiligte Industrie und Arbeiterschaft, wie für die Verbraucher ergeben haben, die Aufhebung des Zündwarensteuergesetzes vom 15. Juli 1909 schleunigst in die Wege zu leiten?“

Der Zweck, welcher durch diese Interpellation, die ohne Zweifel den Reichstag bereits in einer der ersten Sitzungen des neuen Jahres beschäftigen wird, erreicht werden soll, wird dem „Vogl. Anzeiger“ geschrieben, ist ohne weiteres klar. Die Fortschrittliche Volkspartei hat längst erkannt, welche außerordentlich zugkräftiges Agitationsmittel auf die großen Massen gerade in der Segnerschaft zu dieser Steuer liegt. Daher will sie sich für die kommenden Reichstagswahlen durch diese Interpellation eine billige aber scharfe

Waffe schmieden. Billig ist diese Waffe, denn die Aufhebung einer Steuer zu beantragen, ist nicht schwer. Da aber der Reichstagsabgeordnete Stöpsch im Wahlkreise Bischofswerda-Marienbergs das Wort geprägt hat: „Es ist eine kindische Politik, wenn man von der Regierung nur fordert, ohne etwas zu bewilligen“, so darf man gespannt sein, ob die Fortschrittliche Volkspartei eine solche „kindische Politik“ treiben oder als Ersatz für die Streichholzsteuer eine andere indirekte Steuer vorschlagen wird. Ist doch die Streichholzsteuer nur deshalb gekommen, weil andere von der Regierung vorgeschlagene indirekte Steuern auf Zinse, Salate usw. die Mehrheit der Kommission (sie wurden bekanntlich vom Zentrum, den Liberalen und Sozialdemokraten abgelehnt) nicht fanden.

Interessant für die sachliche Beurteilung der Interpellation ist aber ganz besonders die Stellung, welche der Freisinn bei der ersten Anregung zu dieser (jetzt von ihm bekämpften) Steuer eingenommen hat.

Der freisinnige „Berliner Vörsen-Courier“ schrieb am 5. Juni 1909:

„Es kann nicht bestritten werden, daß die Streichhölzer, die das Feueranzünden gegen früher ganz gewaltig verbilligt haben, in mancher Hinsicht ein geeignetes Steuerobjekt bilden.“

Das führende Organ der Fortschrittlichen Volkspartei, „Die Freisinnige Zeitung“, schrieb noch am 4. September 1909:

Mit der allgemeinen Verteuerung der Zündhölzer vom 1. Oktober ab wird es nicht allzu arg werden.“

In dieser Auffassung der Streichholzsteuer stand die äußerste Linke des Liberalismus übrigens nicht allein. Auch der rechte Flügel, die Nationalliberalen, teilten teilweise diese Meinung. So trat der nationalliberale „Hannoversche Courier“ am 19. Mai 1909 für eine Streichholzsteuer mit der Begründung ein, daß ja fast alle europäischen Staaten die Zündholzfabrikation zu einer fiskalischen Einnahmequelle gemacht hätten. Es wurde von diesem nationalliberalen Blatt ein Steuerertrag von 25 bis 30 Millionen Mark empfohlen.

Diese wenigen Beispiele dürften genügen, um die Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei ins rechte Licht zu rücken. Übrigens soll auch die Sozialdemokratie ihrerseits eine Interpellation

in der Streichholzfrage beabsichtigen, um die Freisinnigen mit ihrem Entrüstungsgeschrei noch zu übertrumpfen.

Politische Uebersicht. Deutsches Reich.

Eine Stiftung des Prinzregenten von Bayern. Der Prinzregent von Bayern hat an den Kriegsminister Freiherrn v. Horn ein Allerhöchstes Handschreiben gerichtet, in dem es heißt: „Bierzig Jahre sind verflossen, seit die bayerische Armee in schweren, ruhmreichen Kämpfen untergängliche Beweise ihrer Kriegstüchtigkeit und hingebenden Opferwilligkeit erbracht und sich hierdurch die stete Dankbarkeit des Vaterlandes gesichert hat. Wenn ich jetzt in meinem 90. Lebensjahre auf jene große Zeit zurückblende, so drängt sich meinem Herzen das Bedürfnis auf, auch meinerseits den Gefühlen der Dankbarkeit, sowie meiner vollen Anerkennung für die im Krieg und im Frieden bewährte Pflichttreue der Offiziere und Mannschaften der Armee erneuten sichtbaren Ausdruck zu geben. Darum stelle ich hiermit einen Betrag von 200 000 M zur Verfügung und bestimme, daß 100 000 M zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kriegsveteranen aus dem Feldzug 1870/71, sowie aus den Feldzügen und Kämpfen früherer und späterer Jahre, 100 000 M als Grundstock einer Stiftung zur Errichtung eines Erholungsheims für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften Verwendung finden sollen.“

Silberne Hochzeit des Fürsten und der Fürstin von Bülow. Am 9. Januar wird der ehemalige Reichskanzler Fürst Bernhard von Bülow mit seiner Gemahlin das Fest der silbernen Hochzeit feiern. Fürst Bülow war Legationsrat und erster Sekretär der deutschen Botschaft in Petersburg, als er sich am 9. Januar 1886 in Wien vermählte. Die Fürstin Maria v. Bülow ist bekanntlich Italienerin, eine Schwester des Fürsten di Componeale, Senators des Königreichs Italien. Das fürstliche Paar dürfte seine Silberhochzeit in der Villa Malta in Rom erleben.

Der Entwurf über die Privatbeamtenversicherung wird Anfang Januar dem Bundesrat zugehen und veröffentlicht werden, nachdem die Beratungen der preussischen Ressorts über diese Materie beendet sind und der Entwurf im allgemeinen ihre Zustimmung erhalten hat. Beabsichtigt ist, den Entwurf im Bundesrat noch im Laufe des